



WENN ES DIR auf einen Überraschungseffekt ankommt, dann sind dein Schnellfeuergewehr, die Handgranaten und Brandbomben nicht die geeigneten Mittel. Derlei Dinge sind der weißen Lady, die du samt ihrem Haus in die Luft jagen willst, wohlvertraut. Gestern hat sie ihren Sohn in den Krieg geschickt, und sie findet, daß er, mit den Patronengürteln um Hüften und Schultern geschlungen, fabelhaft aussieht. Eine Pistole – «speziell für die Lady», aber nichtsdestotrotz tödlich – liegt frisch geölt in ihrem Nachtkästchen.

Sie glaubt an ihren Himmel auf Erden und nimmt schulterzuckend in Kauf, daß zu einem Himmel immer auch eine Hölle gehört. Daß die von unten das obere Stockwerk zu stürmen versuchen, hat sie lange gefürchtet, es überrascht sie nicht. Darauf wartet sie und ist gerüstet. Sie läßt keine Zweifel aufkommen an ihrem Glauben, und beim Abschiedskuß für ihren Sohn dachte sie nur an Pflicht und Opfer.

Würdest du die Lady und das Haus mitsamt dem Bild des jungen Helden einäschern, ihre Seele stiege auf im Rauch gerechtfertigt: sie glaubt an das Recht des Stärkeren, und der Stärkere hätte gesiegt. Kein Jota ihres Glaubens brauchte sie zurücknehmen. Verschiedene Rollen im selben Opferitus spielend, könntet ihr einander die Hand reichen.

Taktische Anweisungen an einen Guerilla

Wir müssen härter zuschlagen, Bruder, wir müssen ihr die Welt aus den Angeln heben.

Du mußt ihr gerade das antun, worauf sie nicht gefaßt sein wird, wofür sie nicht gerüstet ist.

Im kommenden Inferno, wenn sie ihr Ende vor sich sieht, mußt du sie aus den Flammen reißen.

Wenn sie glaubt, zertreten zu werden, wirst du dich ihrer Wunden annehmen.

Wenn sie den Gnadenstoß erwartet, reich ihr ein Glas Wasser.

Wenn sie das Gift ihrer Verachtung über dich ausschüttet, wirst du schweigen.

Was immer sie noch versucht, muß ins Leere treffen.

Nichts darf ihr bleiben, weder der Glaube an ihr Recht noch irgendeine Rechtfertigung für ihren Haß, angesichts deiner Weigerung, ihr Spiel mitzuspielen.

Und das Schlimmste für sie: überwältigt zu werden von der späten Einsicht, den Sohn einem Nichts geopfert zu haben.

Dann hättest du nicht nur ihren exklusiven Himmel zerstört, sondern auch die dazugehörige Hölle.

Gründlicher, Bruder, könntest du nicht aufräumen. *Oskar Wermter, Mangula*

DER VERFASSER ist Jesuit und Missionspfarrer auf dem heißen Boden von Nord-Rhodesien. Seine «Anweisungen» stammen aus einer Sammlung von Skizzen, Streiflichtern und Glossen aus dem Missionsalltag, die er unter dem Titel «Zwischen Schwarz und Weiß» soeben im Herder-Verlag veröffentlicht hat. Er schreibt dazu: «Wenn es wahr ist, daß die große Trennungslinie nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen den Industrienationen des Nordens und den armen Ländern des Südens verläuft, dann kann ich diese Scheidewand noch näher bestimmen. Sie verläuft durch die Mitte meiner Gemeinde in Mangula, einem Bergwerksort im Norden Rhodesiens. Links der Hauptstraße liegen die kleinen Reihenhäuser der afrikanischen Bergleute, rechts die Gartenbungalows der Weißen. Ich bin Priester für beide.»

Kirchenamt

Wort und Sakrament nicht spalten! Immer mehr kirchliche «Angestellte», immer weniger Ordinierte – Laien für die Auferbauung der Gemeinde durch das Wort – Priester nur noch für die Sakramente – Auch die traditionelle Einheit von «Weihegewalt» und «Hirtengewalt» bzw. von rechtlicher Beauftragung und sakramentaler Ordination wird immer mehr gelöst – Der Ausschluß der Frauen und verheirateten Männer vom geistlichen Amt widerstreitet der Freiheit des Geistes.

Johannes Neumann, Tübingen

Entwicklung

IDA-Darlehen — Ja oder nein? Zu einem Schweizer Referendum am 13. Juni über einen 200-Mio-Entwicklungskredit – J. Schwarzenbach fordert IDA, die Tochter der Weltbank, heraus – *Gründe für ein Ja* gemäß den Kriterien des Bundesgesetzes EZA: Priorität der ärmeren und ländlichen Bevölkerungen, Harmonie der Interessen, Imagepflege der Schweiz – Die *Kontraargumente* der «Republikaner»: Wer zahlt, soll befehlen können – Man schlägt den Sack (Kredit) und meint den Esel (Entwicklungshilfe überhaupt) – *Kritische Erwägungen*: Grundsätzliche Entwicklungsfragen und Abstimmungspolitik unterscheiden – Kommen die Gelder der IDA nicht nur den Ärmern, sondern den Ärmsten zugute? – McNamaras Kleine Grüne Revolution – Weltbank-Ideologen trotz John M. Keynes (1936) nicht konsumorientiert – Verflechtung der Machtverhältnisse – Prognose: Richtige Bewusstseinsbildung wichtiger als Abstimmungsergebnis.

Georges Enderle, Fribourg

Weniger nehmen ist mehr geben (Entwicklungsstrategien II): Was muß sich bei uns, in den *Zentrum-Ländern*, ändern? – Abhängigkeit von Rohstoffen der Peripherie reduzieren – Neubestimmung von Existenzminimum und Existenzmaximum – Weniger aufwendige Lebensstile entwickeln – Machtinstrumente kontrollieren – Das schlechte Gewissen fördern.

Johan Galtung, Oslo und Dubrovnik

Gruppendynamik

Ethik einüben und erleben: Zur Methode der «Themenzentrierten Interaktion» – Um die Nahtstelle zwischen Einsehen, Wissen, Erfahren einerseits und Sich-Fühlen, Tun, Verhalten andererseits – Realität ist Autorität – Sei dein eigener chairman – Mit den Mitchristen das Menschsein üben – Appell an die Ethiker.

Helga Modesto, München

Buchbesprechung

R. Bohren, Daß Gott schön werde: Praktische Theologie in ihrem Verhältnis zu den Künsten.

Paul Konrad Kurz, Planegg

Zuschriften

Zu «Christsein in Peru»: Reich und arm, Theorie und Praxis.

Wort und Sakrament nicht spalten!

Zur Beteiligung von Frauen und verheirateten Männern am kirchlichen Auftrag

Durch die Notwendigkeit der Seelsorge und die Erfordernisse der Zeit werden heute in wachsendem Maße Laien, Männer und Frauen, mit bestimmten verantwortlichen Funktionen in der Kirche betraut: Sie können aufgrund besonderer kirchlicher Beauftragung oder dank ihrer Anstellung für einen bestimmten Dienst wesentliche Funktionen wahrnehmen, die früher nur von Ordinierten ausgeübt werden konnten. Sie leiten den Wortgottesdienst, verkünden das Wort Gottes in Homilie und Predigt, erteilen Religionsunterricht in allen Stufen, arbeiten erfolgreich in der wissenschaftlichen Theologie, machen pastorale Hausbesuche, führen Seelsorge- und Beratungsgespräche, führen zur Buße, trösten die Sterbenden und richten die Kranken auf. Sie leiten Jugendgruppen und pastorale Arbeitskreise, stehen Einrichtungen der Kirche im karitativen Bereich vor, ja leiten selbst verwaiste Gemeinden und bestimmte Teilgemeinden.¹

Wenn andererseits sich die priesterliche Gemeinschaft des Gottesvolkes vor allem in den Sakramenten verwirklicht und insbesondere die Teilnahme am eucharistischen Opfer «Quelle und Höhepunkt des ganzen christlichen Lebens» ist², dann fehlt dem Dienst der Laien ein wesentliches, geistlich-sakramentales Element. Obwohl die «Laien» im Dienst der Kirche (Teil)Gemeinden verantwortlich leiten, können sie dennoch nicht «das Sakrament der Einheit» spenden, «das Band der Liebe, das Ostermahl, in dem Christus genossen, das Herz mit Gnade gefüllt und uns das Unterpfand der künftigen Herrlichkeit gegeben wird».³ Sie können (bzw. dürfen) es nicht, weil sie entweder aufgrund ihrer Ehe (oder des mangelnden Vorsatzes zu ständiger Ehelosigkeit) oder aufgrund ihres (weiblichen) Geschlechtes die – notwendige – Ordination zu empfangen nicht imstande sind. Deshalb vermögen sie die Sakramente der Eucharistie, der Buße und der hl. Ölung nicht zu spenden; andererseits aber obliegen ihnen alle jene oben geschilderten Dienste der rational-geistlichen Auferbauung der Gemeinde durch das Wort, jene Aufgaben nämlich, für die (früher) die Jurisdiktionsvollmacht zusätzlich zur Weihevollmacht notwendig war und die auch heute nur in besonderem kirchlichen Auftrag ausgeübt werden können. Insofern handeln sie wahrhaft im Namen der Kirche. Umgekehrt aber scheint sich die Entwicklung anzubahnen, daß die Ordinierten immer mehr aus den eigentlich gemeindeleitenden Funktionen, aus jenen, die durch das Wort aufbauen, verdrängt werden, da sie wegen ihrer schwindenden Zahl sich immer stärker nur noch auf die Spendung bestimmter Sakramente beschränken müssen. Auf diese Weise wird die traditionelle Einheit der

sogenannten «Weihegewalt» mit der sogenannten «Hirten-gewalt» immer mehr und deutlicher gelöst. Das aber bedeutet, daß das genuine Verflochtensein zwischen der sakramentalen Vollmacht und dem Auftrag zur geistlich-verkündigenden Auferbauung und Leitung der Gemeinde zunehmend aufgelöst wird. War ursprünglich die Ordination die notwendige Voraussetzung für alles geistliche Handeln und kam die rechtliche Beauftragung für den konkreten Fall erst danach hinzu, so ist es heute weithin umgekehrt: Viele Männer und Frauen handeln im Namen der Kirche allein aufgrund ihrer rechtlichen Beauftragung.⁴ Wir stehen somit vor dem theologisch bedrohlichen Phänomen, daß die alte und wesentliche Einheit von Wort und Sakrament zerbricht, weil die kirchliche Leitung sich nicht rechtzeitig zu entschließen vermag, mit alten Tabus zu brechen, die mit geschlechtlichen Bestimmtheiten in bezug auf den kirchlichen Dienst zu tun haben, seien es nun die Ehe des Mannes oder das Geschlecht der Frau. Somit erweist sich die Frage nach der Stellung der Frau in der Kirche und nach ihrer Zulassung auch zur Ordination nicht nur als eine kirchenpolitisch wichtige, sondern auch als eine eminent theologisch bedeutsame, ja entscheidende Frage.

Aufgrund des (Schein)Argumentes – weil Jesus Christus männlichen Geschlechtes gewesen sei, könne er auch liturgisch nur von einem Mann repräsentiert werden einerseits und der mystifizierenden Betonung der «Angemessenheit des Zölibats» andererseits⁵ –, lockert die kirchliche Autorität in der gegenwärtigen Stunde die bisher enge Verbindung zwischen dem geistlichen Wort und dem gnadenspendenden Sakrament, zwischen der sakramentalen Ordination und der rechtlichen Beauftragung mit einem Amt oder für einen bestimmten Dienst. Wenn man von der traditionellen kirchlichen «Vollmachtlehre» ausgeht, erweist sich die Frage nach der Stellung der Frau, nach ihrem «Stellenwert» im kirchlichen Strukturgefüge und ihrer Ordinationsfähigkeit als eine theologisch-kanonistische Schlüsselfrage: Fielen ursprünglich Ordination und Bestellung für ein Amt in eines und sind bis heute Ordination und amtliche Beauftragung wesentlich aufeinander bezogen, so erzwingen gegenwärtig die Umstände ebenso wie das neue gereifere Verständnis von der Funktion der Frau (wie des verheirateten Mannes) eine Beteiligung von Frauen (und von verheirateten Männern) am kirchlichen Auftrag. Diese Entwicklung dürfte sowohl theologisch-erkenntnis-mäßig als auch tatsächlich und gesellschaftlich irreversibel sein, soll kirchliche Seelsorge und die Präsenz der Kirche in der Welt überhaupt noch möglich und die Darstellung der Kirche glaubwürdig sein. Wenn nun wichtige und nicht mehr wegzudenkende Fähigkeiten generell von der Ordination getrennt werden, weil die sie ausübenden Menschen als nicht «ordinationsfähig» gelten, dann degenerieren die Ordinierten schließlich zu «Magiern», die nur noch bestimmte Sakramente zu spenden haben, die aber nicht mehr zu leiten, zu führen, anzuregen und geistig wirksam zu werden vermögen,

¹ Beispielsweise sieht der Beschluß der Wiener Diözesansynode über die Pfarrstruktur vom 1. 8. 1972 (abgedruckt in: ÖA fKR 23, 1972, 334–336) vor, daß die Leitung einer Teilgemeinde «dem Gemeindeleiter (Priester) oder dem Gemeindeassistenten (Diakon oder Laie)» obliegt (2.2.2.). «Diese werden auf Vorschlag des Pfarrgemeinderates vom Bischof bestellt» (2.2.3.) (S. 335).

Die Synode 72 des Bistums St. Gallen bejaht die Verkündigung durch Laien: I. Glaube und Verkündigung heute, verabschiedeter Text, hrsg. im Februar 1976, Ziff. 5.3.2.; 12.1. Abs. 2. – Da «nun aber die Anzahl der Priester weiterhin abnimmt, ... ersucht die Synode ... die Schweizerische Bischofskonferenz, das Nötige zu unternehmen: ... daß geschulte und beauftragte Laien den Wort- und „Kommunion“-Gottesdiensten vorstehen können» (II. Gebet, Gottesdienst und Sakramente im Leben der Gemeinde, 11.2.3.).

² Dogmatische Konstitution des II. Vatikanischen Konzils über die Kirche «Lumen Gentium» n. 11.

³ Liturgiekonstitution des II. Vatikanischen Konzils «Sacrosanctum Concilium» n. 47.

⁴ Die Richtung, in der diesbezüglich weitergedacht werden müßte, hat bereits vor mehr als eineinhalb Jahrzehnten K. Rabner (Über das Laienapostolat, in: Schriften zur Theologie II, 1961, 339–373) angedeutet. Er meint: «Dort hört der Laie auf, wo in irgend einem Umfang eine ganze oder teilweise Anteilnahme an der Potestas iurisdictionis oder Potestas ordinis oder an beidem beginnt.» (342)

⁵ Enzyklika «Sacerdotalis caelibatus» vom 24. 6. 1967 (AAS 59, 1967, 657–697). Dort heißt es u. a., daß die Kirche den priesterlichen Zölibat «wie einen strahlenden Edelstein in ihrer Krone hütet» (n. 1). «Die gottgeweihte Jungfräulichkeit der Priester macht in der Tat die jungfräuliche Liebe Christi zu seiner Kirche und zugleich die übernatürliche Fruchtbarkeit dieses Ehebundes sichtbar ...» (n. 26). Darum könne die abendländische Kirche «nicht wanken in der Treue zu ihrer alten Überlieferung; und es ist undenkbar, daß sie durch so viele Jahrhunderte» einem falschen Weg gefolgt wäre (n. 41). – Zum letzteren wäre zu bemerken, daß eine künftige Änderung keineswegs implizieren müßte, daß die Regelung in der Vergangenheit in sich falsch gewesen sein müßte. Daß der Hl. Vater dies jedoch präsumiert, dürfte für sich sprechen!

weil sie – Sakramente spendend – von Ort zu Ort eilen müssen.

Es geht also bei der Frage um die Ordination der Frau (und der verheirateten Männer) gar nicht mehr um «Gleichberechtigung» und «Emanzipation», sondern um die Identität des kirchlichen Amtes, um die wesenhaft katholische Einheit von Wort und Sakrament, von Rationalität und Gnade und damit um eine Wesensfrage der Kirche! Hier hilft keine Beschwörung geschlechtsspezifischer Rollen und kein Pochen auf eine Geschlechtsgenossenschaft zum Herrn der Kirche, hier vermag nur gläubige Sachlichkeit zu helfen, die darum weiß, daß die sachlich richtige und die menschlich gerechte Entscheidung auch die theologisch verantwortliche und zukunftssträchtige ist.

Die Kirche als Ganzes lebt in der Geschichte, und nur in ihrer Geschichtlichkeit trägt sie Gottes Leben, «seine Wahrheit und Treue, und darum muß sie weniger als alle anderen geschichtlichen Wirklichkeiten Angst vor dieser Geschichtlichkeit haben».⁶ Deshalb muß und darf sie in der heutigen Stunde fragen, ob es wirklich dem umfassenden Willen ihres Herrn entspricht, daß für alle Zeiten die Hälfte ihrer Glieder aufgrund ihres Geschlechtes vom vollen Dienst der Verkündigung ausgeschlossen bleibt, und daß fähige und bereitwillige Männer einzig aufgrund ihres Ehestandes die Ordination nicht empfangen oder nicht ausüben dürfen. Die Tradition von fast zweitausend Jahren braucht dann kein unüberwindbares Hindernis zu sein, wenn man die Abhängigkeit auch reli-

⁶ K. Rahner, Kirche im Wandel, in: Schriften zur Theologie VI, Neuere Schriften, 1965, 455–498; hier: 476.

IDA-ENTWICKLUNGSKREDIT: JA ODER NEIN

Die *Internationale Entwicklungsorganisation* (IDA), eine Tochtergesellschaft der Weltbank, hat sich erstmalig in ihrer Geschichte dem Test einer Volksabstimmung zu stellen. Auch für die Schweiz ist eine solche Abstimmung erstmalig: am 13. Juni hat das Volk darüber zu befinden, ob es das vom Parlament bewilligte Darlehen von 200 Mio Franken an die IDA und damit *diese Form* internationaler Entwicklungszusammenarbeit gutheißt will.

Wie kam es zum Referendum?

Mit seiner Botschaft vom 5. Februar 1975 schlug der Bundesrat (Exekutive) der Bundesversammlung (Legislative) die Genehmigung des Bundesbeschlusses über den 200 Millionen-Kredit als Beitrag zur vierten Wiederaufstockung der IDA vor. Die beiden Kammern, National- und Ständerat, hießen den Vorschlag mit einer deutlichen Mehrheit (127 Ja gegen 6 Nein) bzw. einstimmig gut. Da das Abkommen mit der IDA die Rückzahlung des Kredits nach einer Karenzfrist von 10 Jahren während einer Periode von 40 Jahren vorsieht, übersteigt seine Geltungsdauer 15 Jahre, und damit unterlag der Bundesbeschluß vom 20. Juni 1975 dem fakultativen Staatsvertragsreferendum. Die *Republikanische Bewegung* von Nationalrat Schwarzenbach hat hiervon Gebrauch gemacht und vor Ablauf der 90tägigen Frist 38 500 Unterschriften gegen den Beschluß der eidgenössischen Räte eingereicht.

Was 1973 bei der Ausarbeitung eines *Gesetzesentwurfs* zur internationalen Entwicklungsarbeit (EZA) von zahlreichen Parlamentariern befürchtet wurde, ist zwar nicht eingetroffen; dagegen hat Schwarzenbach kein Referendum einzuleiten gewagt: jetzt aber haben die Republikaner nach Schwarzenbachs eigenen Worten, «den recht willkommenen Braten» des *IDA-Kredits* gefunden, «damit sich das Volk zur liebrenden Ida äußern kann». Wird die Ida mit ihrem Charme

giöser Formen von gesellschaftlichen Vorgegebenheiten ohne falsche Scham als Faktum nüchtern hinnimmt!

Auftrag und Sendung der Kirche sind unteilbar und nicht auf ein Geschlecht oder einen Stand beschränkbar. Was soll mehr Gewicht haben, die lateinisch-stoische Tradition oder der Glaube an den Geist, der wirkt, wie, wo und durch wen er will? Die Leitung der Kirche muß sich heute fragen lassen, woher sie angesichts der gegenwärtigen Lage der Menschheit den Mut nimmt, weiterhin dem Wirken des verheißenen Geistes Grenzen zu setzen und ihm vorzuschreiben, das Charisma des geistlichen Amtes, der zeugenhaften Verkündigung, der gläubigen Auferbauung und des liebenden Dienstes nur einem Geschlecht und nur einem Stand geben zu dürfen? Der Ausschluß der Frauen und der verheirateten Männer vom geistlichen Amt verletzt somit nicht nur die geistlichen «Rechte» dieser Getauften, sondern widerstreitet der Freiheit des göttlichen Geistes! An der gegenwärtig sich vollziehenden Ablösung der kirchlichen Beauftragung als Rechtsakt von der sakramentalen Ordination, die ebenfalls einer zweitausendjährigen Tradition widerstreitet, mag dies deutlich werden!

Johannes Neumann, Tübingen

DIE STELLUNG DER FRAU IN DER HEUTIGEN KATHOLISCHEN KIRCHE wird unser Mitarbeiter Prof. Dr. Johannes Neumann demnächst in der Tübinger Theologischen Quartalschrift in einem größeren Artikel ausführlich darstellen. Der obige Beitrag ist bereits eine Weiterentwicklung von dessen drittem Teil. Für dasselbe Thema unter dem Gesichtspunkt christlicher Grundrechte verweisen wir auf Neumanns kürzlich erschienenen Buch: *Menschenrechte auch in der Kirche?* (Benziger Verlag, 1976, Fr./DM 14.80). Besonders die Abschnitte über die Gleichheit (S. 63ff.), über das Recht auf Gottesdienst (S. 77ff.) und über das Recht auf freie Ständewahl (S. 83) sind in diesem Zusammenhang zu lesen.

die nüchternen Schweizer (und Schweizerinnen) überzeugen können oder in der Schwarzenbach-Bratpfanne schmoren müssen?

Warum ein Ja?

Die *Befürworter* des IDA-Kredits¹ gehen von der folgenden *Einschätzung der weltpolitischen Lage* aus: Die wirtschaftliche und politische Interdependenz der Staaten hat sich in den letzten Jahren beträchtlich verstärkt.² Die Schweiz ist heute eng mit dem Ausland verflochten. Sie kann sich nicht einfach davon distanzieren, sondern hat teil an der unheilen Welt. Diese befindet sich jetzt in der wichtigsten Entscheidungssituation seit dem Zweiten Weltkrieg: entweder gelingt der Rettungsversuch, die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts (New Economic Order), oder es gibt ein Chaos. Eine Tendenzwende bei uns ist nur von einer *weltwirtschaftlichen* Besserung her möglich; nur wenn ein neuer Typ von Beziehungen zur Dritten Welt gefunden wird. Weil im Ausland, in den internationalen Gesprächen, unser Schicksal verhandelt wird, müssen wir daran teilnehmen: auf der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen, aber auch auf

¹ Sie kamen am 23./24. Februar 1975 während eines Informationsseminars für Redaktoren auf der Lenzburg bei Aarau ausführlich zu Wort. Gastgeber waren das Eidgenössische Politische Departement, das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, die Schweizerische Gesellschaft für Außenpolitik und das Forum Helveticum.

² Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Auswirkungen der neuesten weltwirtschaftlichen Ereignisse auf den schweizerischen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit (vom 22. Januar 1975), S. 14.

der entwicklungspolitischen Ebene. Eine solche Teilnahme an der Neuregelung der Beziehungen der Staaten untereinander bedeutet jedoch nicht, daß einem falschen Internationalismus gehuldigt werde. (So P. Jolles)

In ihrer Argumentation stützen sich die Befürworter auf den Text des inzwischen von beiden Kammern angenommenen EZA («Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe»). Die dort genannten Kriterien und Annahmen decken sich im wesentlichen mit denen der IDA:

Priorität für ärmere Länder, Regionen und Bevölkerungen

Im Zusatzbericht des Bundesrates³ heißt es: «Durch die neuesten weltwirtschaftlichen Ereignisse sind die Bedürfnisse der von diesen am meisten betroffenen und der am wenigsten entwickelten Länder noch gestiegen. Insbesondere wurden die ärmsten Bevölkerungsschichten und die rückständigsten Regionen in Mitleidenschaft gezogen, dies jedoch nicht in diesen Ländern allein, sondern auch in andern Ländern, die im ganzen wirtschaftlich schon weiter entwickelt sind... Wir halten es deshalb für notwendig, unseren Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit in besonderer Weise auf die ärmeren Länder, Regionen und Bevölkerungsgruppen auszurichten.»

Auch die IDA hat diese Zielsetzung. Sie wurde 1960 gegründet, um zinslose Darlehen mit einer Laufzeit bis zu 50 Jahren und einer Bearbeitungsgebühr von 3/4% den ärmsten Entwicklungsländern zu gewähren. Als Kreditempfängerstaaten kommen nur solche mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 375 Dollar in Frage. Im Fiskaljahr 1974/75 wurden den Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 200 Dollar 1381 Millionen Dollar (88% der IDA-Leistungen) bewilligt; davon wurden bereits 884 Millionen Dollar an Länder ohne Erdölexport vergeben.⁴

Vorrangige Unterstützung der Landbevölkerung

Der Zusatzbericht sagt:⁵ «In den ärmeren Entwicklungsländern gehören die ländlichen Regionen und Bevölkerungsgruppen zu den am stärksten benachteiligten. Da in diesen Ländern ein sehr großer Teil (bis zu mehr als 90%) der Gesamtbevölkerung auf dem Lande lebt und dort auch die Mehrzahl der Arbeitsmöglichkeiten gegeben sind, muß die Landbevölkerung besonders unterstützt werden. Ziele sind dabei die Erhöhung der Produktivität und der Produktion der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe (unsere technische Zusammenarbeit hat in diesem Bereich schon Erhebliches geleistet und wird auf diesem Weg weitergehen) und die Sicherung eines regelmäßigen Absatzes der Landwirtschaftsprodukte durch eine angemessene Wirtschaftspolitik.»

In seiner Rede vom 24. September 1973 in Nairobi legte R. S. McNamara, der Präsident der Weltbankgruppe, eine ehrgeizige Strategie für die Entwicklung ländlicher Gebiete vor. In den kommenden Jahren soll insbesondere die Kleinlandwirtschaft gefördert werden: 100 Millionen Familienbetriebe mit weniger als 5 Hektar Anbaufläche – das betrifft über 700 Millionen Menschen. – In der Tat bewegte sich der Anteil der IDA-Mittel für landwirtschaftliche Zwecke von 32% (1973) über 28% (1974) auf 40% (1975) oder 636 Millionen Dollar (wobei freilich über die genauere Verwendung der Mittel noch nichts ausgesagt ist).

Harmonie der Interessen

Ein weiterer gemeinsamer Punkt von EZA und IDA liegt in der Annahme, daß es zwischen den ärmeren Bevölkerungsschichten und der privatwirtschaftlichen Rentabilität eine Interessensharmonie gebe. Vereinfacht ausgedrückt: was mir nützt, nützt auch dir. Die Gewinnerzielung der Weltbanktochter geht in eins mit der Förderung der Kleinbauern. Oder wie es K. Jacobi, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, auf der Lenzburg ausdrückte:

«Wir leisten Finanzhilfe an Entwicklungsländer nicht nur aus Gründen menschlicher Solidarität und des humanitären Verantwortungsbewußtseins. Die Entwicklungszusammenarbeit weist – gerade in unserer heutigen Zeit – auch gewichtige außenwirtschaftspolitische Aspekte auf. So stellt denn die Finanzhilfe ein entscheidendes Instrument dar, um die Entwicklungsländer langfristig in die Weltwirtschaft zu integrieren und sie zu aktiven Wirtschaftspartnern zu machen. Es geht darum, das wirtschaftliche Potential dieser Länder zu erhalten und weiter zu fördern, um auf diese Weise ihre Kapazität zum internationalen Güter- und Dienstleistungsaustausch zu steigern. Dieses Ziel entspricht nicht nur unserem wohlverstandenen Eigeninteresse für den Absatz unserer Produkte auf den Märkten der Entwicklungsländer und gleichzeitig der Sicherung unseres Zugangs zu ihren Rohstoffen, sondern ebenso sehr dem erstrangigen Postulat der Erhöhung der handelspolitischen Leistungsfähigkeit unserer Partner in der Dritten Welt.»

Kurzfristige außenwirtschaftliche Vorteile der IDA-Darlehen für die Schweiz bestehen darin, daß die schweizerische Wirtschaft an den internationalen Ausschreibungen der von der Weltbank und IDA finanzierten Projekte teilnehmen kann, weil unser Land zwar kein Mitglied der Weltbankgruppe ist, ihr aber seinen Kapitalmarkt zur Verfügung stellt. So konnten denn bis anhin schweizerische Firmen Güter und Dienstleistungen im Wert von fast 2 Milliarden Franken an Entwicklungsländer liefern, die mit Darlehen der IDA und der Weltbank finanziert wurden. Diesem Betrag stehen lediglich 182 Millionen Franken gegenüber, die die Schweiz bisher der IDA gewährte.

Neben den Gründen der weltweiten Interdependenz und der ähnlichen Optik des EZA-Gesetzes und der IDA-Tätigkeit werden hauptsächlich noch drei weitere Pro-Argumente angeführt:

► *Multilaterale Hilfe.* Nur wenn der Mitteleinsatz gepoolt und eine «kritische Masse» erreicht wird, ist das Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd korrigierbar; bloße bilaterale Abkommen können kaum eine Umverteilungswirkung hervorrufen. Darüber hinaus sind es die Entwicklungsländer selber, die die multilaterale Hilfe der bilateralen vorziehen, weil eine Zweier-Beziehung bedeutend größere Abhängigkeit mit sich bringt. Zudem kämen viele der ärmsten Entwicklungsländer ohne multilaterale Hilfe überhaupt nie in den Genuß schweizerischer Unterstützung.

► *Vertrauenswürdigkeit der IDA.* Dazu schreibt der Bundesrat:⁶ «(Der IDA) steht der zahlreiche, hochqualifizierte und spezialisierte Mitarbeiterstab der Weltbank zur Verfügung, der eine Garantie für die Qualität der finanzierten Vorhaben bietet. Die IDA hat daher in den vergangenen 14 Jahren eine ihrer Größenordnung einmalige Unterstützung durch die Industrieländer erhalten. Das ist ein Zeichen des großen Vertrauens, das ihr entgegengebracht wird.»

► *Glaubwürdigkeit der Schweiz im Ausland.* Im Jahre 1974 hat die Schweiz mit 202 Millionen Franken staatlicher Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit – was einem Prozentsatz von 0,14% des Bruttosozialprodukts entspricht – den allerletzten Platz unter den westlichen Industrieländern eingenommen. (Die gesamte Entwicklungshilfe der Schweiz unter Einschluß der privaten Leistungen [Hilfswerke, Firmen usw.] erreichte im selben Jahr 1020 Mio. Franken und machte 0,74% des BSP aus.)

Die Verweigerung des IDA-Kredits würde bedeuten, daß dieser Rückstand nicht aufgeholt werden könnte. Die Schweiz würde ihre Bereitschaft, konkret an neuen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mitzuarbeiten, in Frage stellen und weiterhin – wenn überhaupt noch möglich – von der Arbeit der andern nur als Zaungast profitieren. Ja, durch die Entwicklungshilfe anderer Staaten hat die schweizerische Exportwirtschaft bis jetzt aus deren Vorleistungen

³ ibid. S. 32.

⁴ Quelle: Weltbank, Jahresbericht 1975, S. 20, 141, 142.

⁵ Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen... S. 33.

⁶ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über ein Darlehen von 200 Millionen Franken an die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) (vom 5. Februar 1975), S. 12.

großen Nutzen gezogen. Die Schweiz steht also nicht nur im Rückstand, weil sie weniger gegeben hat, sondern auch weil sie von den andern Industrieländern profitiert. Eine Anstrengung zur Ehrlichkeit ist darum notwendig, ohne daß sich die Schweizer – was sie so gerne tun – mit humanitären Motiven umhängen und auf den Denkmalssockel stellen.⁷

Was die Höhe des geplanten Darlehens betrifft, sind heutige 200 Mio Franken kaum mehr wert, als die Summe von 130 Mio, die die Schweiz schon 1972 der IDA gewährte. Zudem entspricht der Betrag durchaus der Leistungsfähigkeit der Schweiz, wenn man den Anteil vergleichbarer Mitgliedländer der IDA an der vierten Aufstockung vor Augen hält: Belgien: 230 Mio Fr.; Holland: 400 Mio Fr.; Schweden 540 Mio Fr.; Italien: 545 Mio Fr.

Warum ein Nein?

Die politischen Gegner der IDA-Kredits haben mit Ausnahme der Republikaner kaum öffentlich Stellung bezogen. Deshalb wird im folgenden hauptsächlich die Argumentationsweise von Schwarzenbach und seiner Parteifreunde dargestellt.

Nach seinen Ausführungen auf der Lenzburg ist Schwarzenbach kein Gegner der Entwicklungshilfe; nur will er die Akzente auf überschaubare, kontrollierbare, vornehmlich bilaterale Projekte, setzen (wie z. B. Projekte des Bundes in Nepal, Indien, Kenia). «Wir verweigern Kredite an internationale Organisationen, zu deren Verwendung wir nichts zu sagen haben. Oder soll etwa noch der erpresserische Idi Amin, dieses klassische Beispiel eines Despoten der Dritten Welt, auf indirektem Weg mit schweizerischen Steuergeldern finanziert werden? Schluß mit der Willkür!»⁸ Gegenüber den multilateralen Vereinbarungen habe er eine außerordentliche Skepsis. Die Weltbankgruppe sei eine Bank wie jede andere auch. Von irgendwoher müsse ja die Rendite kommen. Ihre Aktivitäten seien nur humanitär verbrämt. Zudem habe die Bank ungeheure Pressions- und Lenkungsmöglichkeiten.

In der Fernsehsendung «CH» vom 9. April 1976 äußerte sich das Unbehagen von Parteigängern von Schwarzenbach in erschreckend harten Worten: «Die Entwicklungsländer sollen selber in ihrem Saft schmoren; wir haben uns auch seit 1291 empörtarbeiten müssen.» – Oder: «Wenn wir ihnen jetzt helfen, vermehren sie sich noch mehr, so daß wir morgen noch viel mehr helfen müssen.»

Die stark irrational bestimmten Kontra-Argumente sind also: Unglaubwürdigkeit der internationalen Organisationen (einschließlich Weltbankgruppe), fehlende Kontrolle durch die Schweiz, humanitäre Verbrämung einträglicher Auslandgeschäfte, traditionelle Neutralitätspolitik des Bundes (die isolationistisch verstanden wird) und implizit: Bedeutungslosigkeit des Rufes der Schweiz im Ausland.

Allerdings nehmen die Schwarzenbach-Republikaner eine inkonsequente Haltung ein: einerseits behaupten sie, keine grundsätzlichen Gegner der Entwicklungshilfe zu sein⁹; sie wollen nur gegen den IDA-Kredit kämpfen bzw. die Entscheidung darüber dem Volk vorlegen. Andererseits bemühen sie sich, diese Abstimmung über eine Einzelfrage zu einem Grundsatzentscheid hochzuspielen. (Schwarzenbach auf der Lenzburg: «Das Referendum wurde ergriffen, weil die verfassungsmäßige Begründung der Entwicklungshilfe fehlt – der Art. 2 der Bundesverfassung genügt nicht.») Offensichtlich soll am konkreten Exempel ein prinzipieller Entscheid getroffen werden. Man schlägt also doch den Sack und meint den Esel.

⁷ W. Jucker, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, auf der Lenzburg.

⁸ «Der Republikaner», 18. 7. 1975.

⁹ «Der Republikaner», 10. 10. 1975.

Was nun?

Für eine ausgewogene Beurteilung müssen sowohl grundsätzliche Fragen einer *Entwicklungspolitik* wie der *abstimmungs-politische* Aspekt berücksichtigt werden.

Stimmt die Abstimmungsvorlage in Theorie und Praxis mit den Vorstellungen von solidarischer Entwicklung, wie sie Prof. J. Galtung¹⁰ und andere weitsichtige Kenner¹¹ präsentiert haben, überein? Geht sie mindestens in gleicher Richtung, auch wenn 200 Mio Franken angesichts der gewaltigen Probleme nur ein kleiner Schritt auf eine Lösung hin sind? Oder ist dieser vorgeschlagene Weg eine Sackgasse, eine Alibi-Übung, die ein seriöses Anpacken der Entwicklungsprobleme wiederum aufschiebt, wenn nicht gar verunmöglicht?

Wer auch nur ein wenig die Verhältnisse in Entwicklungsländern kennt, wird damit einverstanden sein, daß die beiden vom EZA-Gesetz und von der IDA hervorgehobenen Kriterien für Entwicklungsprojekte sehr wichtig sind: den *ärmeren* Ländern, Regionen und Bevölkerungsgruppen besonders auf dem *Land* soll geholfen werden. Die Hilfe hat weitgehend, aber nicht ausschließlich *multilateral* zu erfolgen. Schließlich wird man zugeben müssen, daß es mit dem *Image* der Schweiz im Ausland nicht zum besten bestellt ist.

Diese Gründe für ein Ja sind jedoch sehr allgemein gefaßt. Kommen die Gelder der IDA (mindestens zu einem bescheidenen Teil) nicht nur den Ärmern, sondern den *Ärmsten* zugute? Ist das Verpassen dieser Adressaten nur auf Ineffizienz und Gewinnstreben der IDA zurückzuführen, oder ist die Entwicklungsstrategie der Weltbankgruppe grundsätzlich verkehrt? Gäbe es andere multilaterale Organisationen, die eine solidarischere Entwicklungspolitik aufweisen? Und zum *Image*: Wieso hängt unser Ruf in der Schweiz so eng mit der Annahme oder Ablehnung des IDA-Kredites zusammen? Hätten wir da nicht noch weit wichtigere *Image*-Verbesserungen vorzunehmen?

Vertrauenswürdigkeit der Weltbank und der IDA?

Wie jede Institution ist auch die Weltbankgruppe nicht über jede Kritik erhaben: das muß noch nicht einfachhin gegen sie sprechen, wenn man keine puritanisch übertriebenen Forderungen an ihre Tätigkeit stellen will. Die entscheidende Frage vom Standpunkt der solidarischen Entwicklung ist die, ob mit den Projekten und Krediten wirklich die ärmsten 25 bis 35% der Bevölkerung erreicht werden und ob die Programme stark arbeitsintensiv anstatt kapital- und forschungsintensiv sind.

McNamaras Kleine Grüne Revolution

So nennen Landwirtschaftsexperten¹² das Weltbankprogramm für Kleinbauern im Unterschied zur (Großen) Grünen Revolution¹³. Wie schon erwähnt, werden als «Zielgruppe» 100 Millionen Familien (etwa 700 Mio Menschen) mit einem klei-

¹⁰ Orientierung Nr. 7, 8 und 9.

¹¹ Vgl. Erklärung von Cocoyoc (Mexiko), Symposium 1974 über die Modelle der Rohstoffnutzung, des Umweltschutzes und der Entwicklung. Deutsch: Europa-Archiv Folge 14/75. – Siehe ferner: Entwicklungsland Welt-Entwicklungsland Schweiz. Ein Kommissionsbericht im Auftrag von 13 schweiz. Entwicklungsorganisationen, Z-Verlag, Basel 1975.

¹² Vgl. Ernest Feder, McNamara's Little Green Revolution – The World Bank Scheme for the Self-Liquidation of the Third World Peasantry. Institut of Social Studies, Den Haag.

¹³ In den sechziger Jahren wurden in Mexiko unter der Leitung von N. Borlang Weizenarten (und später auf den Philippinen auch Reissorten) entwickelt, die kurzstengelig sind und einen vielfachen Ertrag abwerfen, aber einen hohen Einsatz an Bewässerung und an Kunstdünger verlangen. So konnten vor allem Großbauern (z. B. im Norden Indiens) davon profitieren, während die sozialen Unterschiede zu den Kleinbauern noch verschärft wurden. Der Name «Grüne Revolution» sollte den Gegensatz zur «Roten Revolution» markieren.

nen Bodenbesitz von 1–5 Hektar angegeben. Das Ziel ist aber zu hoch gesteckt. Ganz abgesehen davon, daß diese Zahl bei weitem nicht alle in absoluter Armut lebenden Menschen erfaßt (Hunderte von Millionen ohne Landbesitz und 200–300 Millionen in den Elendsvierteln der Städte¹⁴ bleiben unerwähnt), ist nach wohlwollenden Schätzungen eine Produktivitätssteigerung von 5% höchstens in 25 Mio Kleinbetrieben zu erreichen. Wenn die 50 Mio Minifundien mit weniger als 1 ha zu Einheiten von 2,5 ha zusammengelegt würden, könnten weitere 30 Mio Betriebe das Produktionsziel verwirklichen. Es blieben immer noch insgesamt 45 Millionen Familien, für die eine Produktivitätssteigerung von 5% unerreichbar wäre.

Es ließe sich einwenden: selbst wenn das Ziel zu hoch gesteckt ist, kommt das Programm doch vielen Millionen Menschen zugute; es ist besser als nichts. Schließlich sei die Weltbank nicht mit einer Welt-Heilsarmee zu verwechseln, äußerte sich mir gegenüber ein Weltbank-Vertreter.

Gewiß, von der Weltbank kann nicht erwartet werden, daß sie die Lösung des Armutproblems auf dem Lande liefert. Aber selbst wenn es sich nur um einen Beitrag handelt, muß nach der Art der Projekte und deren Verteilungswirkung gefragt werden. Wie die Große, ist auch die Kleine Grüne Revolution produktions- und nicht konsumorientiert. Im Zentrum steht die Steigerung der Produktivität und Produktion, nicht die Frage: Welchen Menschen kommen die Produkte zugute? Die zugrundeliegende Wirtschaftstheorie scheint immer noch nach neo-klassischen Vorstellungen ausgerichtet zu sein. Schon 1936 hat John M. Keynes die zentrale Bedeutung der Konsumseite des Wirtschaftsprozesses herausgestellt, von der die Weltbankideologen offenbar noch nichts gehört haben. So erlauben es denn die sehr vage gehaltenen Projektberichte der Weltbank nicht, einen konkreteren Einblick in die (evtl. verbesserte) Verbrauchsstruktur der ärmeren Bevölkerungsschichten zu gewinnen.

Was die Verteilungswirkungen betrifft, muß gesagt werden, daß das Weltbankprogramm die vorhandenen, oft ungerechten Agrarstrukturen nicht antastet und dadurch zu deren Verfestigung beiträgt. Durch den Einbezug der Kleinbauern in das kapitalistische System wird auch in diesem Sektor ein Selektionsprozess eingeleitet, der nicht nur zum Nutzen besser situierter Kleinbauern, sondern auch zum Schaden vieler Betriebe mit schlechteren Ausgangsbedingungen gereicht. Wieso sollte der kapitalistische Ansatz (der die Vereinzelung der Bauern bewirkt) zur Lösung der landwirtschaftlichen Probleme in der Dritten Welt führen, wenn wir ihn schon bei uns de facto über Bord geworfen haben? (Das Problem der Bergbauern, die in der Vergangenheit ihre Überlebenschancen in der gemeinschaftlichen Arbeit ihrer Kooperationen, Allmenden und Alpenossenschaften fanden, ist auch heute nicht durch die Produktivitätssteigerung des einzelnen Betriebes zu lösen; daher die Versuche von Longo Mai u. a. m.). Was J. Galtung in Nr. 7 der Orientierung grundsätzlich ausführte, gilt auch für die Lösung der Ernährungs- und Beschäftigungsprobleme der ärmsten ländlichen Bevölkerungsschichten: nicht nur «technische Verbesserungen», unter Ausklammerung von Landreformen, sondern strukturelle Änderungen sind notwendig.

Die Verflechtung der Machtverhältnisse

Wie Weltbankvertreter an einer von verschiedenen schweizerischen Entwicklungsorganisationen (Brot für Brüder, Fastenopfer, Helvetas, Swissaid, Erklärung von Bern u.a.) am 4. März in Bern veranstalteten Informationstagung darlegten, sind Weltbank und IDA sehr eng miteinander verflochten. Zwar gewähren sie Darlehen zu verschiedenen Zinssätzen (das erste Institut zu 8½%, im Jahre 1976 auch zu 4½%; das zweite zu einer Bearbeitungsgebühr von ¾%). Verwaltung und Experten

¹⁴ In seiner Ansprache vom 1. September 1975 in Washington, D. C. legte R. S. McNamara ein Programm zur Bewältigung der Armut in den Städten vor.

sind jedoch dieselben; auch gelten für beide Institute die gleichen Kriterien der Kreditwürdigkeit eines Entwicklungslandes und seiner Projekte. Die Aufstellung der Stimmrechte der Mitgliedländer der IDA zeigt 1975 folgendes Bild: 50,69% aller Stimmen sind in den Händen von USA, England, BRD, Frankreich und Japan. 21 Industrieländer verfügen über 69,05% und 93 Entwicklungsländer über 30,95% der Stimmen. Wohl zu Recht kann deshalb gesagt werden, daß die IDA in erster Linie die Interessen der westlichen Industriestaaten vertritt und die heutigen Machtverhältnisse widerspiegelt (auch wenn die Beschlüsse gewöhnlich mit Konsens gefällt werden). Darum ist es nicht erstaunlich, daß die Weltbank z. B. Chile unter der Regierung Frei (1964–1970) und mit der Militärjunta Pinochets (1974–1976), nicht aber unter Allende (1971–1973) Darlehen zugesagt hat.

Wir fassen zusammen: mit größter Wahrscheinlichkeit wird die Weltbankgruppe ihr Ziel, die Produktivität von 100 Millionen Kleinbauernbetrieben bis 1985 auf 5% zu steigern, selbst mit einem bedeutend größeren Kreditvolumen nicht erreichen. Mit ihren Darlehen verstärkt sie die bestehenden, meist ungerechten Agrarstrukturen in den Entwicklungsländern und leitet einen Selektionsprozeß unter den Kleinbauern ein. Die Kriterien einer solidarischen Entwicklungspolitik, nämlich die Projekte auf die ärmsten 25–35% der Bevölkerung auszurichten und sie ausgesprochen arbeitsintensiv zu gestalten, werden nicht erfüllt. Darüber hinaus sind die Entwicklungsländer in den Weltbank-Organisationen auffallend unterrepräsentiert.

Natürlich ist nicht zu bestreiten, daß die Tätigkeit der Weltbankgruppe, insbesondere die IDA, auch positive Wirkungen aufweist. Dennoch fällt vom Standpunkt einer solidarischen Entwicklung die Gesamtbilanz aus den besprochenen Gründen negativ aus.

Mögliche Alternativen zur IDA?

Echte Alternativen können nicht darin bestehen, daß anstelle der multilateralen Hilfe die privaten Entwicklungsorganisationen und die bilateralen staatlichen Abkommen ausgebaut werden. Auf multilateraler Ebene gibt es aber das «Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen» (UNDP). Es ist heute auf Weltebene die wichtigste Institution für technische Zusammenarbeit und verfügt über einen hochspezialisierten und internationalen Mitarbeiterstab; schon bisher stand es an erster Stelle unter den Empfängern allgemeiner Beiträge des Bundes.¹⁵ UNDP bietet in entwicklungspolitischer Sicht den Vorteil, daß die Entwicklungsländer darin ein gewichtigeres Wort mitzureden haben als in einer eindeutig von westlichen Staaten bestimmten Institution.

Kein Grundsatzentscheid am 13. Juni

Wie in der Volksabstimmung über die Mitbestimmung am 21. März dieses Jahres gibt es auch jetzt Organisationen und Personen, die sich weder mit dem Ja, wie es Regierung, Parlament, Hochfinanz und Wirtschaft vertreten, noch mit dem Nein der Schwarzenbach-Republikaner befreunden können. Die Befürworter wie die Gegner des IDA-Kredits, beide nehmen im wesentlichen eine ethnozentrische Grundhaltung ein: «Wir gewähren den Kredit, weil er uns nützt» – oder: «Wir geben ihn nicht, weil er uns kostet.» – Wie soll sich da z. B. eine Entwicklungsorganisation, die sich zur Solidarität mit den Ärmsten verpflichtet weiß, auf die eine oder auf die andere Seite schlagen?

Das Dilemma ist nur lösbar, wenn neben den Motiven für ein Ja oder ein Nein auch die möglichen Auswirkungen des Volksentscheides sowohl bei uns, wie auch in den Entwicklungsländern berücksichtigt werden. Das schließt aber ein, daß sich unter den Ja- und unter den Nein-Stimmen verschiedene

¹⁵ Vgl. Botschaft des Bundesrates über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungsländern (vom 5. Februar 1975), S. 17.

Motive sammeln können. Wer ja stimmt, ist nicht unbedingt ein Vertreter des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, und wer nein einlegt, nicht unbedingt ein Freund Schwarzenbachs. Diese Feststellung muß um so deutlicher ausgesprochen werden, als es sich bei der Abstimmung vom 13. Juni *nicht um einen Grundsatzentscheid «Entwicklungszusammenarbeit: ja oder nein»* handelt.

Was die möglichen Auswirkungen eines Ja und eines Nein in den Entwicklungsländern betrifft, wurde weiter oben ausgeführt. In bezug auf die schweizerische Situation läßt sich folgendes sagen:

Ein *Ja* bedeutet die Uebereinstimmung mit dem Parlament und den meisten Parteien. Es deckt sich mit dem spontanen Empfinden vieler Schweizer, die den bisherigen Beitrag ihres Landes zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit lächerlich klein finden. Wenn nun entwicklungspolitisch engagierte Gruppen für ein Nein plädieren, werden sie von diesen Kreisen schlecht verstanden (oder sogar abgefertigt mit dem Spruch «Les extrêmes se touchent»).

Andererseits beinhaltet ein *Nein* keine Desavouierung der parlamentarischen Arbeit in Sachen Entwicklungszusammenarbeit. Denn es handelt sich ja nicht um eine Grundsatzabstimmung, sondern nur um *eine* spezielle Kreditvorlage, ohne daß das EZA-Gesetz in Frage gestellt wird. Darum ist nicht einzusehen, weshalb ein Nein zukünftige parlamentarische Vorstöße für eine weitergehende solidarischere Entwicklung verunmöglichen sollte.

WENIGER NEHMEN IST MEHR GEBEN

Neue Entwicklungsstrategien (II): Änderungen innerhalb der Zentrum-Länder

Vorbemerkung des Übersetzers: Zur Entwicklungs-Strategie der *Self-Reliance*, die im Sinne der *Subsidiarität* mehr Selbstvertrauen in die Eigenmittel empfiehlt, ging der erste Artikel (Orientierung Nr. 7, Seite 74 ff) auf die Neugestaltung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen und die Umstrukturierung innerhalb der Peripherie-Länder ein. Wenn es nunmehr um die Änderungen in den *Zentrum-Ländern* geht, müßte an sich *sowohl vom sowjetrussischen wie vom kapitalistischen Bereich* die Rede sein, denn «weder der kapitalistische noch der sowjetrussische Einflußbereich hat die Probleme der Gewalt, der Erschöpfung nicht regenerierbarer Rohstoffe und der Umweltverschmutzung einzudämmen oder zu eliminieren vermocht», wie der Autor, *Johan Galtung*, in seiner Einleitung (ebda Seite 74) unterstrichen hat.

Wenn im hier folgenden zweiten Artikel nur vom kapitalistischen Einflußbereich (USA, Europa, Japan) die Rede ist, so sei nachgetragen, daß Galtung überzeugt ist, daß von den *beiden* «Imperialismen» der kapitalistische stärker als der sowjetische zur Quelle der Weltprobleme geworden ist. Er meint einmal, der kapitalistische Bereich weise mehr und fundamentalere Probleme auf, da er sich als unfähig erwiesen habe, die *Grundbedürfnisse* der Massen in seiner weiten Peripherie zu befriedigen, während der Sozialismus (selbst sowjetischer Art) mit den Problemen der Armut und der Bevölkerung viel «rationaler» umgegangen sei. Sodann umfasse der kapitalistische Bereich *mehr Menschen*, einfach weil er weiter verbreitet sei. Und schließlich sei er *tiefer verwurzelt*, da er eine Geschichte von 500 Jahren (nach den großen Entdeckungen) oder mindestens von 200 Jahren (seit der industriellen Revolution) aufzuweisen habe. Demgegenüber sei der sozialistische Imperialismus ein Neankömmling auf der Weltbühne mit seiner Geschichte von nur 50 Jahren (nach der Schaffung der Sowjetunion mit einem starken Übergewicht von Moskau) oder fast 30 Jahren (nach der Satellitisierung Osteuropas). Daß aber gerade in diesem Bereich, und zwar auch im «Zentrum» *Unterdrückung* herrscht und daß Bedürfnisse, die *über* den Grundbedürfnissen liegen, nicht befriedigt werden: darauf wird Galtung in einer abschließenden Betrachtung zurückkommen, wobei dann freilich auch Arten von Unterdrückung auftauchen, die weder dem kapitalistischen noch dem sowjetischen Imperialismus anzulasten sind.

G.E.

Die fundamentalen Änderungen, die in den *Zentrum-Ländern* notwendig sind, müssen meines Erachtens nicht so weit gehen, daß sie das Wort «Revolution» verdienen. Was wir brauchen, kann in zwei Kategorien eingeteilt werden: die Abhängigkeit

Zu wenig Zeit für eine zu große Arbeit

Unter den Mitarbeitern der Entwicklungsorganisationen hat während der letzten Jahre ein intensiver Meinungsbildungsprozeß stattgefunden. Er ließ sich aber trotz anerkennenswerten Bemühungen nicht so schnell auf weitere Bevölkerungskreise ausdehnen. So reicht die kurze Zeit des Abstimmungskampfes, die überdies noch von andern Abstimmungsvorlagen (Raumplanung, Arbeitslosenversicherung) beansprucht wird, wohl kaum für eine so differenzierte Informationskampagne über Entwicklungsprobleme, wie sie von den Entwicklungsorganisationen immerhin versucht wird.¹⁶

Die Vorurteile über die Dritte Welt sind weit verbreitet und tief verwurzelt, und das Wohlstandsökonomische Dogma, daß mit unserm eigenen Nutzen auch der Nutzen der Armen notwendig gegeben sei, ist in den meisten Wirtschaftskreisen immer noch unangefochten. Eine gewaltige Arbeit der *Bewußtseinsbildung* steht also noch bevor. Wie immer die Abstimmung ausgehen wird: wichtiger ist, daß diese Arbeit auf allen Ebenen intensiviert wird.

Georges Enderle, Fribourg

¹⁶ Zur weiteren Information: Weltbank und IDA, Pro und Kontra, ein Dossier im Auftrag der Schweizerischen Entwicklungsorganisationen. Ab Mitte Mai zu beziehen bei: Informationsdienst 3. Welt, Neufeldstr. 9, 3009 Bern, ca. Fr. 3.50. – IDA-Abstimmung: Pro und Kontra, eine 8seitige Kurzfassung des Dossiers. Zu beziehen bei: Erklärung von Bern, Gartenhofstraße 27, 8004 Zürich.

des Zentrums von der Peripherie reduzieren und das Zentrum soweit bringen, daß es seine Hände von der Peripherie fernhält. Was hier also für fundamental wichtig erachtet wird, ist *nicht*, daß die Zentrum-Länder ihr Versprechen erfüllen, 1% oder irgendeinen Prozentsatz ihres Sozialprodukts für technische Hilfe zu leisten. Denn wenn ein System bei 0,2% schlecht funktioniert, ist es schwer einzusehen, warum es viel bessere Wirkungen bei 1% zeitigt. Was not tut, ist nicht, daß das Zentrum etwas gibt, sondern daß es mit Rauben und Intervenieren aufhört. Die Probleme können nicht mit Geld gelöst werden; die Strukturen müssen geändert werden.

Neue Lebensstile entwickeln

Daher ist die *erste Strategie* innerhalb der Zentrum-Länder, sich auf die *Self-Reliance* der Peripherie vorzubereiten; dies kann nur durch zunehmende *Self-Reliance* des Zentrums geschehen. Konkret: *seine Abhängigkeit von Rohstoffen der Peripherie soll reduziert werden* aus dem einfachen Grund, weil sie sehr bald nicht mehr oder nur noch zu unerschwinglichen Preisen verfügbar sein werden. Teils müssen Rohstoffe von anderswoher geholt und neue Energiequellen gefunden werden; teils sind neue, weniger aufwendige *Lebensstile* zu entwickeln, insbesondere im Blick auf die nicht regenerierbaren Rohstoffe. So wie die Peripherie-Länder für jedermann eine *untere Grenze*, ein bestimmtes Existenzminimum für Nahrung, Kleidung und Wohnung zu garantieren haben, so müssen die Zentrum-Länder mit Überlegen und Handeln anfangen, eine *obere Grenze*, ein Existenzmaximum, einzuführen. Bei der Begrenztheit der Natur ist es nicht mehr länger annehmbar, daß zum Beispiel 6% der in den USA lebenden Weltbevölkerung 33% des Erdöls verbrauchen, weil dadurch einerseits die Ressourcen zu teuer werden, andererseits ein Ungleichgewicht geschaffen wird, das viel zu leicht in eine zu militäri-

Die Katholische Studentengemeinde an der Universität Frankfurt

sucht zum 1. September/1. Oktober 1976 eine(n)

Referenten(in) für Gesellschaftswissen- schaften

Aufgabenbereiche: Bildungsarbeit in den Fachbereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Jura, Wirtschaft; Abiturientenberatung, Einführung von Studienanfängern.

Voraussetzungen: Hochschulabschluß in Soziologie oder Politikwissenschaft (Diplom oder 2. Staatsexamen für Sek. St. II); Kenntnisse und Erfahrungen in Didaktik der politischen Bildung; Initiative, Kontaktfähigkeit, Bereitschaft zur Kooperation im Team und Engagement für die Gesamtgemeinde. Besoldung nach BAT II.

Bewerbungen bis 21. 5. 1976 an: Kath. Studentengemeinde, z. Hd. Studentenpfarrer Ulrich Jaekel, Beethovenstraße 28, 6000 Frankfurt 1.

schen Interventionen mißbrauchbare Machtüberlegenheit umgesetzt werden kann. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß eine solche Interventionsmöglichkeit in wachsendem Maße Zustimmung finden wird, wenn das Zentrum einen Überverbrauch von Ressourcen aus der Peripherie aufweist. Morgen dürften wir in unseren Überlegungen noch einen Schritt weiter gehen und gewisse Ressourcen zum Eigentum der ganzen Menschheit erklären, ohne Rücksicht darauf, wo sie in der Welt lokalisiert sind.

Die beste Verwendung des für technische Hilfe reservierten Geldes läge wohl darin, das Zentrum rechtzeitig darauf vorzubereiten, seine Produktionskapazität umzustrukturieren, anstatt durch fortgesetzte «Hilfe» die Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum zu verstärken. Dabei geht es aber auch zu einem großen Teil um die Frage der Änderung der Mentalität: Wie kann auf das in vielen Zentrum-Ländern in letzter Zeit klar ausgedrückte Verlangen nach einfacheren Lebensstilen aufgebaut werden? Man mag zwar einwenden – was auch richtig ist –, daß dieser Protest im wesentlichen ein Phänomen der städtischen, intellektuellen Jugend ist. Solche Lebensstile dürften jedoch bald eine Notwendigkeit werden, insofern sich die Krise verschärft. Weise Staatsmänner sollten deshalb die Bevölkerung durch frühzeitige Warnungen vorbereiten und auf solche Bewegungen in der Zentrum-Kultur eingehen.

Machtinstrumente kontrollieren

Eine *zweite* und ebenso fundamentale Aufgabe besteht darin, einen Weg zu finden, die Instrumente des Zentrums für direkte und strukturelle Gewaltanwendung in der Peripherie zu beeinflussen und zu entlarven. Ganz konkret heißt dies, die für Subversion und militärische Intervention bereitstehenden Rüstungsmaschinerien wie auch die Hauptinstrumente des kapitalistischen Imperialismus, die multinationalen Gesellschaften, zu kontrollieren. Nur einige Schlüsselaktiken mögen hier erwähnt

werden. Die Interventionsgefahr von Seiten der USA, westeuropäischer Staaten und/oder Japans, um sich Privilegien zu erhalten, ist beachtlich – und in der näheren Vergangenheit auch bestätigt worden. Solche Pläne aufzudecken, Leute in den Planungsbüros und militärischen Streitkräften zu haben (um diese Mächenschaften an die Öffentlichkeit zu bringen), die Ausbildung der Soldaten zu beeinflussen versuchen (daß sie die militärische Selbstverteidigung streng unterscheiden lernen von der Intervention in der Peripherie, wenn dort versucht wird, bessere strukturelle Bedingungen für sich selber zu schaffen): all diese Mittel sind unerlässlich. Aber noch weitergehende Maßnahmen wären notwendig wie z.B. die Bekämpfung der militärischen Forschung, indem für solche Ziele arbeitende Wissenschaftler öffentlich bekannt gemacht und ihnen diese Existenzmöglichkeiten entzogen würden. Ähnliches gilt für die multinationalen Gesellschaften: sie sollten entlarvt und nicht nur für ihren Einfluß verantwortlich gemacht werden. Die Arbeit in den Firmen, die den größten strukturellen Schaden anrichten, sollte verweigert werden. Wie im militärischen Bereich müßten auch hier die «Geheimnisse» veröffentlicht werden, vor allem Patente, insbesondere im Bereich der Grundbedürfnisse wie z.B. pharmazeutische Patente. Kurz: der Hauptbeitrag, den das Zentrum für die Entwicklung der Peripherie – *in unserer heutigen Welt* – zu leisten hat, muß ein negativer sein: der Stopp solcher Interventionen.

Eine *dritte* Strategie betrifft – wie die Peripherie – auch die Zentrum-Länder: eine gewisse *Dezentralisierung der Gesellschaft*, und zwar aus denselben Gründen: nur in kleineren, autonomen Einheiten können die Menschen groß genug sein, um ins Gewicht zu fallen; in überdimensionierten, zentralisierten Ländern werden sie zu klein.

Ein neues Bewußtsein wecken

Viertens: Wie in der Peripherie besteht auch im Zentrum die Notwendigkeit einer neuen Bewußtseinsbildung. Sie geschieht schon seit mehreren Jahren, mindestens seit 1968, nachdem der amerikanische Krieg in Indochina den Leuten die wahre Natur der westlichen liberalen Demokratien deutlicher machte. Man wird argumentieren, und wahrscheinlich zu Recht, wenn die USA in Indochina ebenso schlagkräftig wie die Sowjetunion in der Tschechoslowakei gewesen wären, hätte ein solches Aufwachen der Öffentlichkeit nicht stattgefunden. Die Ernüchterung, ja die Kritik entstand aus der Niederlage und wäre nur das Hobby einiger Spinner gewesen, wenn die Vereinigten Staaten in Indochina «gewonnen» hätten. (Schließlich – wer spricht je von der Dominikanischen Republik?) Aber ein Erwachen trat ein. Wichtiger als über die Ursachen und den ethischen Aspekt dieses Krieges zu diskutieren, wäre eine Diskussion über die ihn bestimmenden Strukturen und Zielvorstellungen. Die Kritik lief darauf hinaus, sich auf den Akteur zu konzentrieren («ein tragischer Fehler», «eine unglückliche Entscheidung»), anstatt die dauerhafteren strukturellen Zusammenhänge zu analysieren. Dies sollte leicht möglich sein, da ja der Krieg ungefähr der gleiche blieb, obwohl er durch die Hände von etwa fünf Präsidenten ging. Auch die aktororientierte Analyse des Watergate-Skandals, die zur Opferung eines Präsidenten führte, diente in Wirklichkeit dazu, eine Strukturanalyse zu blockieren, als sie höchst notwendig war.

Und schließlich werden sich nicht sehr viele Leute bewußt, was geschieht. Wir alle im Zentrum, in der Peripherie und in deren Zentren profitieren in irgendeiner Weise von unseren imperialistischen Strukturen.

Die Frage ist, wie die Bewußtseinsbildung fortgesetzt und gefördert werden kann.

Dazu ein einfacher Vorschlag. Es dürfte das politische Bewußtsein fördern, wenn jedermann, der ein Produkt verkauft, die *Zusammensetzung des Preises zu deklarieren hat*. Auf dem Produkt müßte einfach angegeben

werden, welcher Prozentsatz des Preises, den der Kunde zahlt, den Peripherie-Ländern zugute kommt (den Arbeitern, den Eigentümern der Produktionsmittel, den Händlern), wieviel Prozent die Zentrum-Länder bekommen (Großhandel, Kleinhandel, Steuerabgaben an den Staat), wie groß der Prozentsatz für die Zwischenhändler ist (Fracht, Versicherung – wieviel davon wo anfällt). Schließlich finden wir ja auch auf unseren Mineralwasserflaschen die sehr geheimnisvolle chemische Zusammensetzung des Getränks. Wenn Chemiker zu solchen Analysen fähig sind, sollten es auch Wirtschaftler sein. (Wenn sie es nicht können, brauchen wir andere Typen von Wirtschaftlern.) Und wenn wir ein Produkt mit solcher Information belasten können, können wir sicher darauf auch politisch hochwertige Informationen drucken. Es wird berichtet, daß nur 11% des Bananenpreises dem Produzentenland zugute kommt (und davon, könnte man vermuten, nur ein kleiner Teil den Arbeitern). Wir haben ein Recht darauf, solche Dinge zu wissen. Natürlich kann solches Wissen nicht ohne Schwierigkeiten in eine Aktion umgesetzt werden, insbesondere weil vermutlich der größere Teil aus verschiedenen Steuern des eigenen Staates besteht. Aber es würde die Luft reinigen.

Das schlechte Gewissen fördern

Am wichtigsten wäre es jedoch, durch exakte Analysen bis in die Einzelheiten aufzuzeigen und zu entschleiern, wie die gegenwärtigen Strukturen funktionieren – mit dem expliziten Ziel, das Zentrum, und vor allem *das Zentrum im Zentrum zu demoralisieren*. Schließlich gibt es einen Unterschied zwischen einem Ausbeuter mit gutem und einem mit schlechtem Gewissen, und es liegt im Interesse der Welt, daß der Anteil des zweiten zunimmt.

Fünftens: die Notwendigkeit einer viel stärkeren politischen Mobilisierung im Zentrum. Wiederum handelt es sich nicht darum, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, mehr technische Hilfe zu «geben». Es ist die Frage, wie alle möglichen Leute veranlaßt werden können, am Strukturwandel mitzuhelfen und als äußerstes Minimum das Zentrum daran zu hindern, sein Arsenal an direkten und strukturellen Gewaltmitteln zu gebrauchen.

Dies wird in den kommenden Jahren nicht leicht sein. Im allgemeinen ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß sich das Zentrum rechtzeitig auf mehr Self-Reliance einstellen wird. Wenn sich die Peripherie in Richtung der neuen Weltwirtschaftsordnung auf mehr Self-Reliance hin bewegt, werden die Änderungen das Zentrum zunehmend stärker treffen, und zwar desto mehr, je weniger es darauf vorbereitet ist. Wie es sich schon sehr klar zeigt, werden die ersten, die ihre Arbeit verlieren, die Arbeiter sein, zuerst die Gastarbeiter und die unqualifizierten. Aber diese werden auch zuerst als Soldaten in einer zunehmenden Militärmaschinerie gebraucht. Einerseits fördert eine solche Expansion nach neoklassischer Theorie die Wirtschaft, andererseits wird sie um so nötiger, je mehr sich der Widerspruch in der imperialistischen Konfliktbildung verschärft. Dies dürfte sehr gefährliche Situationen herbeiführen, denn Arbeiter würden äußerst nützliche Verbündete der radikalen Jugend, von Studenten und anderen sein. (Schluß folgt) *Johan Galtung, Oslo und Dubrovnik*

Ethik einüben und erleben

Zur Methode der «Themenzentrierten Interaktion»

Es ist gut und beruhigend zu sehen, wie ernst, engagiert und gründlich heute auf dem Gebiet der theologischen Ethik gearbeitet wird. Jede These, jede Position wird hinterfragt, und seitdem die Fundamentalismen ein Selbstverständnis gefunden hat, denkt man mehr an die «letzten Gründe» der Haltungen und Verhaltensweisen als an die genaue Formulierung einzelner Postulate. Das ist gut und recht so, denn gerade die christliche Ethik hat durch ihren Seitensprung in eine legalistische Moralkasualistik genug schlimme Erfahrungen gemacht.

Es scheint also die Tendenz in der christlichen Ethik dahin zu gehen, daß man mit Eifer die erkenntnistheoretischen und ontologischen und, der Mode entsprechend, die deontologischen, strukturalistischen und metalogischen usw. Hintergründe klärt und darauf vertraut, daß der Ethiklehrer und -verkünder und dann auch der handelnde Mensch schon die entsprechenden Konsequenzen aus diesem subtilen und zweifellos verantwortungsbewußten Unternehmen ziehen.

Andererseits werden in der Praxis der Seelsorge und Verkündigung zu aktuellen Fragen konkrete Erklärungen abgegeben, und für Einzelfälle werden detaillierte Anweisungen entworfen. Dies mit der verständlichen Begründung, daß in der konkreten Situation ein klares Wort am Platze sei und daß man den verunsicherten Menschen nicht ganz alleine lassen könne.

Recht oft steht der handelnde Mensch im Dilemma; er sieht sich von den Theoretikern allein gelassen und fühlt sich von den Praktikern gegängelt. Er ist unzufrieden mit beiden, oder er ignoriert beide und meint, sich auf seinen «gesunden Menschenverstand» oder sein Gespür für das jeweils Richtige verlassen zu können. Dies funktioniert aber keineswegs immer entsprechend. Der Mensch sieht sich dann unbarmherzig mit den Konsequenzen seines Verhaltens konfrontiert. Er fühlt sich frustriert und zornig, er hat Angst, gibt seine Angst nicht zu, wird trotzig, will alle und alles verspotten und verachten, bis die Verzweiflung; die schon immer da war, losbricht ... und so weiter.

Es kommt nicht immer so schlimm. Dennoch taucht die Frage auf, was hier nicht in Ordnung ist. Ob vielleicht etwas gedacht oder getan werden könnte, damit der Übergang von der Theorie in die Praxis, vom «Gesetz» ins Leben leichter und mit mehr Freude geschieht. Diese Frage, so scheint mir, muß sich ein Ethiker heute stellen, denn im Prinzip weiß jeder, daß Ethik, christliche Ethik um des Menschen willen da ist. Die subtilste Spekulation ist vergebens, letztlich sinnlos, wenn sie nicht effektiv wird im Konkreten, Personalen.

Es geht um den Bereich, der Nahtstelle ist zwischen Einsehen, Wissen, Erfahren einerseits und Sich-Fühlen, Tun, Verhalten andererseits. Es geht darum, dem Menschen eine Haltung zu ermöglichen, in der er sich aus seinem Ich heraus, authentisch und ohne Zwang, menschlich bzw. christlich verhält. Wo solches Verhalten gelingt, ist christliche Ethik an ihr Ziel gekommen.

Meine Erfahrung ist folgende: Beim Lesen vieler Bücher und Artikel, beim Hören von Darlegungen und Überlegungen stelle ich sehr oft beglückt fest: hier wird etwas gesehen, was rundherum stimmt, was Menschlichkeit, biblisches Denken und Freiheit meint. Dann frage ich mich sofort, wie kann ich, du, der konkrete Mensch, das lebendig machen, was so stimmt. Wie kann ich das verwirklichen? Wie kann der Übergang von der Reflexion in die Aktion gelingen? Er gelingt sicherlich nicht durch Reflexion allein (auch wenn viele tun, als wäre dem so). Wie aber gelingt er dann? Mir ist ein Phänomen begegnet – es kam nicht von den Ethikern und Moralisten her –, das auf anschaulichste Weise zeigt, wie dieser «Übergang» vollzogen werden kann. Und zwar besteht der Aufweis darin, daß man ganz konkret Zeuge dieses Vollzugs wird. Dies wiederum geht nur dann, wenn der «Zeuge» nicht Zuschauer bleibt, sondern mit hineingeht in den Vollzug dieses «Übergangs». Damit ergibt sich, daß er diesen «Übergang» allmählich «lernt», daß er dieses «Können» in Fleisch und Blut bekommt.

Es handelt sich a) um eine menschlich-mitmenschliche Haltung, deren grundlegendes Richtmaß die Wirklichkeit, die positive Annahme der Wirklichkeit und das realitätsgerechte Verhalten ist, und b) gleichzeitig um eine Methode, die Postulate, Verhaltensregeln entwickelt hat (und zu berücksichtigen empfiehlt), die den konkreten Vollzug des realitäts-

gerechten Verhaltens und damit eine bessere Kommunikation ermöglichen. Obendrein – dies scheint mir wichtig – erfährt der Handelnde Freude. Diese Haltung und Methode nennt sich *Themenzentrierte Interaktion* (TZI) und ist im deutschsprachigen Raum in den letzten Jahren schnell bekannt geworden. Sie wird praktiziert, kultiviert und gelehrt in den Workshop-Instituten für lebendiges Lernen (W.I.L.L.).¹

Realität ist Autorität

In dieser themenzentrierten Interaktion gibt es Grundsätze, die, wie mir scheint, Interpretationen der Wirklichkeit und fundamentale Sollenssätze in einem sind. Wer sie hört, wundert sich zuerst darüber, wie man so etwas Selbstverständliches, das fast wie eine Tautologie klingt, überhaupt noch betonen kann. Bald aber merkt er, daß diese Selbstverständlichkeit gewöhnlich nur sehr abstrakt und theoretisch im Verstand des denkenden Menschen vorhanden ist, die Praxis jedoch weit von dieser Selbstverständlichkeit entfernt ist.

Ich greife nur eine einzige Überlegung heraus; allerdings eine der wichtigsten: Realität ist die Autorität des handelnden und kommunizierenden Menschen. (Z.B.: Zeit ist eine Realität, daher Autorität: wenn das Seminar zeitlich zu Ende ist, muß man aufhören. Oder: die Tatsache, daß Feuer brennt und uns verbrennen kann, ist eine Realität und daher Autorität.) Der Mensch muß sich nach diesen Autoritäten richten; aber nicht wie ein Sklave, sondern wie ein Herr: «Wenn immer wir ein Stück Realität erforscht und integriert haben, haben wir ein Stück Autorität gewonnen»² und «Autorität ist nicht Willkür oder Übermacht, sondern Wirklichkeitserkenntnis».³

Mir scheint der Gedanke nahezuliegen, daß es hier um das theologischer und humaner Ethik immer zugrundeliegende «agere sequitur esse» (das Tun folgt dem Sein) geht. Anders ausgedrückt und «operationalisiert» wird es in der Gegenwart von Psychotherapeuten, Psychologen und Pädagogen wieder gefunden.

Ein zweiter Gedanke schließt sich an: Wenn im Alten Testament (Gen 1, 26) Gott dem Menschen sagt, wozu er da ist «... herrschet über die Erde und macht sie euch untertan», dann hat das damit zu tun, daß jeder, der ein Stück Realität erforscht und integriert, ein Stück Autorität, Herrschaft über die Welt gewinnt und damit seiner von Gott gegebenen Bestimmung entspricht.

Mir scheint, daß die These *Realität ist Autorität*, wenn man so sagen kann, mehr dem «esse» zugehört. Ihr entspricht im Bereich des «agere» das erste und wichtigste Postulat der TZI. Es heißt: *Sei dein eigener chairman* und bededeutet «mache dir deine innere und äußere Wirklichkeit bewußt. Benütze deine Sinne, Gefühle, gedanklichen Fähigkeiten und entscheide dich verantwortlich von deiner eigenen Perspektive her».⁴ Während eines Seminars hat eine Gruppe von Hochschullehrern über dieses Chairman-Sein nachgedacht. Es ergaben sich Überlegungen wie: Chairman sein heißt nicht nur «steuern», «leiten», «kontrollieren», es heißt vielmehr zuerst «wahrnehmen» (sich selbst, die anderen) und aufgrund dieses Wahrnehmens und des Wahrgenommenen mit Willen und aus Entscheidung steuern. Dies aber bedeutet kreativ sein, Situationen und Werte erhellen und neu zugänglich machen. Zweifellos geht es hier um eine Anleitung zum Person- bzw. Personalität-Sein. Erinnerung sei an allgemein bekannte Defini-

¹ W.I.L.L. wurde von Ruth C. Cohn und anderen ausgebildeten Psychotherapeuten und Analytikern 1966 in New York gegründet. Sie versuchten, die in der Einzel- und Gruppentherapie gewonnenen Einsichten über menschliches Verhalten überall, wo in der Gesellschaft mit Gruppen gearbeitet wird, vor allem in Schulen, anzuwenden. W.I.L.L. bietet ein Ausbildungsprogramm an.

² Ruth C. Cohn: «Pädagogik als antizipierende Therapie», S. 747.

³ ebenda, S. 746.

⁴ ebenda, S. 739.

tionen, wie Personalität meine des Menschen Selbstbesitz in Geistigkeit und Freiheit («... mache dir deine... Wirklichkeit bewußt... und entscheide dich verantwortlich...»), oder Personalität meine Eigenständigkeit, Selbstverwirklichung und Verantwortlichkeit.⁵ Wie kann ich also Menschsein (christlich gesprochen, meine Gottebenbildlichkeit) verwirklichen? Gebe ich die Antwort: «Indem ich die Chairman-Regel befolge», dann mutet diese Antwort an wie aus einem kasuistischen Handbuch. Die Sache erscheint ein wenig gar zu simpel und einfältig. Wenn es nicht so außerordentlich schwierig wäre, dieser chairman auch wirklich zu sein.

Es stimmt, wir haben schon immer gewußt, daß wir am menschlichsten und christlichsten leben, wenn wir uns von der rechten Vernunft leiten lassen und die Liebe verwirklichen, und unsere Frage war schon immer, wie man das nun in der jeweils konkreten Situation macht. Genauso könnten wir jetzt sagen, sicher, dieses so gemeinte Chairman-Sein heißt, sich von der Vernunft leiten lassen und die Liebe verwirklichen (sofern die Realität christlich gesehen wird), aber eben, wie mache ich das in der jeweiligen Situation.

Notwendigkeit des Übens

Hier wird nun gesagt, das kannst du üben. (Jesus hat etwas sehr Ähnliches gesagt; er hat den Menschen seiner Zeit ein Gleichnis erzählt, ein Beispiel aus dem Leben, und er hat dazugesagt: geh hin und tue desgleichen.) Es gibt viele Leute, die wollen das üben, und sie kommen zusammen, um ganz ausdrücklich das zu tun. Es gibt dann noch mehrere Grundsätze, die als Richtungsweiser bei diesem Üben verwendet werden können.

Mir gefällt daran, daß hier offenbar endlich einmal der so nötige, oft vermißte Schritt in die Wirklichkeit (in die Praxis) hinein geschieht. Ich kann subtile Bücher lesen über Aufbau, Sinn, Zweck und Möglichkeiten eines hochdifferenzierten Musikinstrumentes, ich kann mich so gut informieren, daß ich Vorlesungen darüber halten kann. Damit ist aber noch nicht gegeben, daß ich darauf spielen und alle die hochqualifizierten Möglichkeiten des Instrumentes zum Klingen bringen kann. Will ich dies, so muß ich mich, ganz wie ein Anfänger, hinsetzen und mich mühen, mit Fingern, Ohren, mit Aggressionen und Hochstimmungen, mit Ungeduld und Gelassenheit. Und es dauert Stunden, Tage, Monate, Jahre, bis ich eine gewisse Geläufigkeit und Sensibilität habe. Analoges läßt sich für theologisch-ethische Spekulation (Theorie) und menschliches (christliches) Verhalten sagen. Es wird in allen «Künsten» vorkommen, daß es ausgezeichnete Theoretiker gibt, die sich in der Praxis anstellen wie Schüler, und daß Virtuosen der Praxis kaum eine Ahnung von der Theorie haben: Dennoch ist das nicht das Erstrebenswerte. Erstrebenswert ist, daß der Theoretiker, dem Anspruch der Wirklichkeit folgend, sich auch in den Bereich des praktischen Vollzugs begibt und mit seinen Mitmenschen und Mitchristen «übt», Menschsein übt, mit Händen, Augen und Ohren, mit Aggressionen, Blamagen, Hochstimmungen, mit Ungeduld, Wut, Versuch und Irrtum usw. Dann wird sein (theoretisches)

⁵ Franz Böckle: «Grundbegriffe der Moral», Aschaffenburg (Pattloch) 1967, S. 17–18.

Informative Literatur

Ruth C. Cohn, Von der Psychoanalyse zur Themenzentrierten Interaktion, Stuttgart (Klett) 1975.

Ruth C. Cohn, Zur Grundlage der Themenzentrierten Interaktion: Axiome, Postulate, Hilfsregeln; in: Gruppendynamik, Stuttgart (Klett) 1974.

Ruth C. Cohn, Pädagogik als antizipierende Therapie; in: Schweizer Schule (Halbmonatsschrift für Erziehung und Unterricht), Zug, 62 (1975), 737–763.

Matthias Kroeger, Die themenzentrierte interaktionelle Methode nach Ruth Cohn; in: Themenzentrierte Seelsorge, (Kohlhammer-Urban-Taschenbuch, Band 605), Stuttgart 1973, S. 157–204.

Zeugnis noch glaubwürdiger werden, als es ohne diese Exerziten (wie man derlei früher nannte) schon ist.

Da dies aber nicht nur für ethische oder theologische Theoretiker gilt, sondern für jeden Menschen, scheint es mir wünschenswert, solche Möglichkeiten des «Übens», «Einübens» noch mehr als bisher in Ausbildung, Fortbildung, Seelsorge und Beratung einzuführen. Das Propagieren dieser «Exerziten» scheint mir ein Postulat der gegenwärtigen pastoralen Situation zu sein, und darum möchte ich es im Namen christlicher Ethik betonen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß der Übergang von Theorie in Praxis geübt werden und gelingen kann und daß eine «Intensivierung» des Mensch- und Christseins nicht nur ausgedacht, sondern konkret möglich und bewußt verwirklicht werden kann.

Was hier versucht wird, würden Fachleute «Moralpädagogik» nennen, und in gewissem Sinn hätten sie auch Recht. Dennoch bereitet mir der Gedanke einiges Unbehagen, daß dieses Anliegen vielleicht als dazugehöriger, untergeordneter Spezialbereich in eine Seitenschublade des großen Moral- oder Ethikgebäudes verwiesen würde. Ich zweifle nicht daran, daß seine Wichtigkeit von vielen gesehen wird, und darum sollen diese Gedanken eine Aufforderung, vor allem an christliche Ethiker und Moraltheologen sein, den Übergang von Ethik in Leben gestalten zu helfen. Ich glaube, der Theoretiker muß diese Aufgabe nicht unbedingt den Pädagogen, «Praktikern», Seelsorgern, Beratern usw. zuweisen; er hat nämlich so manche Fähigkeiten und Möglichkeiten, die den anderen fehlen.

Ich kann mir vorstellen, daß einige Leser sich fragen, was ich eigentlich mit diesen Darlegungen wolle – klagen über die zu große Theoretisierung der theologischen Ethik oder W.I.L.L. und seine Methode propagieren. Ich möchte niemandes Ansicht darüber korrigieren, aber von mir aus sagen, worum es mir geht: Ich erlebe, daß sich die wesentlichen Gedanken theologischer Ethik im Leben darstellen lassen, daß ich also theologische Ethik verwirklichen kann. Ich möchte, daß viele andere Menschen (nicht zuletzt Theologen und Ethiker) außer mir auch diese Erfahrungen machen. Ob sie das mit Hilfe von TZI (themenzentrierte Interaktion) tun (ich habe diese konkrete Verwirklichungsform vorgestellt, weil sie mir sehr geeignet zu sein scheint), oder sich einen anderen Weg suchen, ist mir egal. Wichtig ist nur, daß sie die Freude, die aus dieser Erfahrung kommt, verspüren.

Helga Modesto, München

Buchbesprechung

Rudolf Bohren: Daß Gott schön werde. Praktische Theologie als theologische Ästhetik. Chr.-Kaiser-Verlag, München 1975. 234 S. Kart. DM 27.—

Wer sich in den vergangenen Jahrzehnten mit Theologie beschäftigte, lernte Gott unter den Seinsbestimmungen des Wahren und Guten kennen. Keine Rolle spielte der Kontakt des Fühlens; fast keine Rolle die Wahrnehmung und Herstellung des Schönen. Das letztere verwundert um so mehr, als im Alten Testament immer wieder von der «Herrlichkeit» Gottes die Rede ist und im Neuen Testament Jesus an entscheidenden Punkten seines armen Lebens durch eine epiphanische Herrlichkeit bezeugt wird. Auf katholischer Seite versuchte Hans Urs von Balthasar im vergangenen Jahrzehnt, die Kategorie «Herrlichkeit» für die Theologie neu zu entdecken. Nun stieß ein anderer gebürtiger Schweizer, der Heidelberger Theologe Rudolf Bohren, von protestantischer Seite auf die Auslassung. Er entwarf, zunächst in einer Vorlesungsreihe und dann als Buch, praktische Theologie als theologische Ästhetik.

Seine (sprachlich nicht eben griffig formulierte) These lautet: «Das Praktisch-Werden Gottes ist ein Schön-Werden, weil Gott selbst schön ist. Gott wird uns in seiner Gegenwart schön, so daß wir ihm in unserer Gegenwart schön werden.» Weil Praxis ohne den Geist Gottes nicht möglich ist, folgert er: «Praktische Theologie ist von der Pneumatologie her als theologische Ästhetik zu entwerfen» (15). Damit steht das doppelte Problem einer Pneumatologie und einer Ästhetik an. Ist Pneumatologie für viele Theologen ein Fremdwort, so stützt sich die Ästhetik auf

Das Bischöfliche Jugendamt der Diözese Speyer

sucht zum nächstmöglichen Termin

Sozialarbeiter/ -pädagogen (grad.) Gemeindereferenten

als Mitarbeiter in einer katholischen Jugendzentrale der folgenden Bezirke:

**Donnersberg, Bad Dürkheim,
Pirmasens, St. Ingbert**

Voraussetzung: Abgeschlossene Ausbildung an einer Fachhochschule, staatliche Anerkennung; Berufserfahrung erwünscht. Persönliches Verhältnis zu Glauben und Kirche, das eine engagierte Mitarbeit im Bereich der kirchlichen Jugendarbeit erlaubt. Teamfähigkeit.

Wir bieten Vergütungsstufe BAT Vb/IVb und eine weitgehend eigenverantwortliche Tätigkeit.

Schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an: Bischöfliches Jugendamt, Webergasse 11, 6720 Speyer, z. Hd. Pfarrer Hubert Schuler.

denkbar ungesicherte philosophische Voraussetzungen. Der ist ein «Ästhet»; das ist «Ästhetizismus»; das immanent Akademische, Praxisferne, Lebensferne, die Blässe des Formalen, das Unvitalität haftet am gemeinhin verwendeten Begriff. Für Kierkegaard war eine ästhetische Existenz geradezu der Gegensatz zur ethischen oder christlichen.

Die protestantische theologische Tradition denkt von Schleiermacher bis Thielicke die Ästhetik im Rahmen der Ethik. Bohren will sie mit der Gotteslehre verbunden wissen. «Theologische Ästhetik reflektiert Gott selbst; sie tut es pneumatologisch als Theorie von der zunehmenden Verkleinerung Gottes als der Theorie vom Praktisch-Werden Gottes in der Natur und damit in der Geschichte und in der Kirche» (93). Die gängige Erfahrung von Welt, der gängige theologische Deutungshorizont verdeckt die Schönheit Gottes. Gott aber wird fortwährend schön in der Schöpfung (Natur), in der Geschichte, in Kultur und Kunst, in der Gemeinde.

Ästhetik hat mehrere Aspekte. Sie ist zunächst Wahrnehmung, Erkennen, eine gesteigerte Sensibilität der Sinne und der Vernunft. Beide, Sinne und Vernunft, werden beim glaubenden Christen von der Erkenntnisfähigkeit des Glaubens durchdrungen. Was wahrgenommen oder als Mitteilung empfangen wird, ist Information. Als Sprache muß man Information syntaktisch und semantisch betrachten. Ins Werk gesetzt, muß man ihren Aufführungscharakter, ihr Erscheinungsbild, ihre Ausdrucksgestalt beachten. Das gilt für die Aufführung eines Dramentextes im Theater ebenso wie für das Auftreten Jesu und die Aufführung seiner Botschaft in der Geschichte, Kirche, Gemeinde. Verbunden mit diesem ästhetischen Aspekt der Information (Botschaft) ist ihre pragmatische Intention, die Ausführung des ästhetischen Inhalts, die Übertragung der Botschaft ins Leben. Von Ästhetizismus kann nicht die Rede sein. «Auch in der theologischen Ästhetik geht es um die Verwandlung von Welt... Wenn die Ästhetik auch nicht ausschließlich funktional im Blick auf die Gesellschaft zu bestimmen ist, so kann sie keineswegs aus ihrer gesellschaftlichen Verflochtenheit herausgelöst werden» (144). Die ästhetisch wahrgenommene Gestalt der Botschaft wird in die Praxis übergeführt. Für die ästhetische Wahrnehmung und für die ästhetische Pragmatik bedarf es der Charismen. Gott wirkt in den Glaubenden durch seine Charismen. Nichtwahrnehmung des Wirkens Gottes in den Charismen, Verhinderung der Gestaltwerdung der Welt durch die Charismen bedeutet Schuld, auch die Trägheit der Christen gegenüber den Charismen.

Während die praktische Theologie fortlaufend ihr Verhältnis zu den Humanwissenschaften überdenkt, läßt sie die Reflexion auf ihr Verhältnis zu den Künsten fast gänzlich aus. Die Künstler geben, nach Bohren, «dem Schöpfer recht. Sie dokumentieren die Erlösungsbedürftigkeit der Kreatur dergestalt, daß sie – auch in Unkenntnis seiner Person – den Erlöser provozieren. Indem sie den Protest gegen die herrschenden Verhältnisse anmelden, sind sie Merkzeichen dafür, daß der Messias Israels noch nicht da, die Parusie des Christus noch ausstehend ist. – In ihrer Sensibilität für das Leiden in der Welt bildet die Kunst einen chorischen Hintergrund für den Schrei der Gemeinde: «maranatha»» (159).

Hier taucht die – von Bohren nicht ausdrücklich gestellte – Frage auf nach der möglichen und notwendigen christlichen Interpretation von Kunstwerken, Texten. Kann, muß der Christ den gleichen Text anders, von einem anderen Standort, einer anderen Perspektive, einem anderen Deutungshorizont her sehen als der Nichtchrist (der nicht Glaubende)? Muß nicht die ästhetische Einstellung eines Christen – wenn er nicht einfach bürgerlich, schizoid, seine Tage in profane Geschäftstage und sakral gestundete Sonntage teilt – die Welt und ihre Werke, auch die Kunstwerke, anders betrachten als der aufgeklärte Atheist, der politisch Gleichgültige, der Marxist?

Bohren gibt mit seiner Vorlesungsreihe «... daß Gott schön werde» ein Signal. Der Finalsatz und Imperativ muß vorerst Richtungsanweisung, auch Fragment bleiben. Der biblisch ausgerichtete Christ würde sich wahrscheinlich eine stärkere exegetische Grundlegung wünschen. Der ästhetisch versierte Leser (Hörer) bemerkt die zwar umsichtigen, aber doch fragmentarischen Anleihen bei verschiedenen ästhetischen Richtungen. Wenn man eine zeitgenössische Ästhetik auf die Informationstheorie bezieht, müßte auch die «Innovation» (das spezifisch Neue einer Nachricht) und die «Redundanz» (das nicht spezifisch Neue, das aber für die Kommunikation sehr wichtig sein kann) der Nachricht bedacht werden. Ungeachtet einiger Unschärfen, die bei interdisziplinären Versuchen, in diesem Fall bei der Verbindung von Theologie, Praxis und Ästhetik, passieren, sollten Christen die grundsätzliche Öffnung, die Innovation Bohrens, den Signalcharakter dieses ästhetischen Entwurfs wahrnehmen. Die ästhetische Defizienz der Christen und Theologen ist – ich wage das Wort – ungeheuer.

Paul Konrad Kurz, Planegg bei München

Zuschriften

Zu Nr. 5: Christ sein in Peru — Entscheidung für die Armen

Der «Bußruf aus Peru» wirft viele Fragen auf, die man nicht einfach beiseite schieben kann:

1. Brun schreibt, «Jesu harte Stellung gegen die Reichen ist allzu bekannt». Was aber heißt reich im Evangelium? Wenn sich Theologen mit wirtschaftlichen Fragen befassen, kann man es einem Laien nicht übernehmen, wenn er sich um theologische Fragen kümmert. Reich ist nach dem Evangelium nicht, wer absolut oder relativ über ein hohes Vermögen oder Einkommen verfügt (objektiver Tatbestand), reich ist vielmehr, wer die irdischen Güter an die Spitze seiner Bestrebungen stellt (Gesinnung). In diesem Sinne kann «reich» auch der Mittellose sein und arm



ORIENTIERUNG Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager,
Karl Weber, Jakob David, Albert Ebnetter, Mario v. Galli,
Werner Heierle, Robert Hotz, Josef Renggli,
Josef Rudin

Anschrift von Redaktion und Administration:
Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 36 07 60
Bestellungen, Abonnemente: Administration
Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»
Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842

Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge Konto
Nr. 0842-556967-61

Deutschland: Postcheck Stuttgart 62 90-700

Österreich: Postsparkasse Wien Konto Nr. 2390.127

Italien: Postcheck Roma 1/28545

Abonnementspreise:

Schweiz: Fr. 28.— / Halbjahr Fr. 16.— / Studenten
Fr. 19.—

Deutschland: DM 29.— / Halbjahr DM 16.— / Stu-

dentent DM 20.—

Österreich: öS 195.— / Halbjahr öS 120.— / Studen-

ten öS 120.—

Übrige Länder: sFr. 28.— plus Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr./DM 35.— (Der Mehrbetrag

wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit

behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelsexemplar: Fr./DM 1.70 / öS 10.— plus Porto

auch der Wohlhabende. Es ist kaum christlich, die Menschen nach der Höhe ihres Vermögens oder Einkommens in gute oder schlechte Christen einzuteilen, abgesehen davon, daß die Geschichte Hunderte von guten, wohlhabenden Christen kennt. So gibt es zahlreiche Heilige, die sicher nicht arm waren.

2. Wie es kürzlich in der Orientierung hieß, gibt es eine katholische Wirtschaftslehre genauso wenig wie eine katholische Chemie. Jedes Wirtschaftssystem muß sich nach der Rendite ausrichten. Ein System, das die Rendite nicht beachtet, wird in kurzer Zeit zusammenbrechen. Das Renditendenken ist kein «nackter, kapitalistischer Urwert»: wer ohne Rücksicht auf die Rendite investiert, vernichtet Vermögenswerte, ist also ein Volksverärmer. Wenn die peruanische Regierung Bewässerungsanlagen dort errichtet, wo das investierte Geld am meisten abwirft, hilft sie dem ganzen Volk mehr, als wenn sie dort bauen würde, wo wenig oder nichts zu erreichen ist (ob man überhaupt an diesen «Fortschritt» der Technisierung glaubt, oder die Thesen Illichs für richtig hält, ist eine andere Frage).

3. Wenn sich einer «aufgrund einer politischen Lektüre des Evangeliums mit dem Marxismus in seinem Nein zum Privateigentum und in seinem Ja zum Klassenkampf viel mehr verpflichtet» fühlt als jeder Form des Kapitalismus, dann mag das bei den konkreten Verhältnissen in Peru verständlich sein (ich kann das nicht beurteilen), doch ist die Aussage in ihrer Allgemeinheit wohl kaum zu begründen. Wer sich aber als ausländischer Priester in Südamerika gegen die bestehende politische Ordnung wendet, darf sich nicht beklagen, wenn er an Ort und Stelle auf Widerstand stößt und riskiert, seine eigentliche Aufgabe, nämlich Priester zu sein, nicht mehr erfüllen zu können.

C. Bürgel, Basel

Der Mittlere Weg als Sackgasse: Dem Peru-Artikel fehlt der dritte Teil: Die Konsequenzen für die Schweiz und uns Schweizer.

► Für O. Brun mag es genügend klar sein, was politisch und praktisch aus seiner Parteinahme für «die Klasse der Armen» folgt und zu tun sei. Ich habe aber erlebt, daß es für Schweizer Ohren nicht genügt, darauf hinzuweisen, daß «jedes Umarmen, Achselklopfen und Friedensküsse Austeilen zwischen Reichen und Armen (...) eine Farce» sei, «solange diese Klassenunterschiede bestehen und staatlich oder kirchlich aufrechterhalten werden». O. Brun müßte in einem dritten Teil deutlich sagen, wie die Klassenunterschiede aufgehoben werden können. Denn hierzu lände liebäugeln zwar einige auf befreiungstheologischen Wellen reitende Christen mit Klassenkampf und Parteinahme. Übers Theoretische aber kommt man nur schwer hinaus. Mangels Praxiszwang.

► Die von O. Brun teils gelobte, teils kritisierte Regierung Velasco gibt es nicht mehr. Sie wurde von rechtsstehenden Offizieren «abgelöst». Man gibt zwar noch immer vor, weder ein kapitalistisches noch ein kommunistisches Modell anzustreben. Aber faktisch rutschte Peru – wie O. Brun bemerkt – bereits unter Velasco ins neokapitalistische Lager ab. Die städtischen Industrietechnokraten der jetzigen Regierung schonen noch bedeutend mehr als Velasco die Besitzenden und lassen so die Armen noch ärmer werden. Peru beschreitet längst nicht mehr den dritten Weg, sondern den seit der spanischen Eroberung bewährten. Trotz einer für lateinamerikanische Verhältnisse am wenigsten asozialen Landreform endet Perus Mittelweg in einer Sackgasse, aus welcher vermehrte Auslandhilfe nur scheinbar hinauszuführen vermag.

► Der peruanische «Weg zum Sozialismus», in der Schweiz bis vor kurzem Schreckgespenst¹, kann heute bei näherem Betrachten nur dazu verhelfen, zusammen mit Erfahrungen aus Chile, vorher Bolivien, Paraguay, Uruguay... einige Konsequenzen abzuleiten:

– Wer von der Schweiz aus einen Mittelweg für Lateinamerika vorschlägt, ist im Verdacht, weiterhin seinen Wohlstand auf Kosten der Ärmsten in der Dritten Welt sichern zu wollen. Denn

– jeder «mittlere» Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus geht zu Lasten der Klasse der Ärmsten (siehe Getreideweltmarkt).

– Wer für die Klasse der Ärmsten eintritt, kann die Besitzenden nicht schonen. Theologisch mag sich das heruminterpretieren lassen. Praktisch heißt das, daß der Klassenkampf mit allen Mitteln geführt werden muß, weil er von den Besitzenden mit allen Mitteln geführt wird.

– Wer als Schweizer bereit ist, seine Freiheit mit dem Sturmgewehr gegen Feinde zu verteidigen und gleichzeitig der Klasse der Ärmsten in Lateinamerika etwa Geduld und Pazifismus predigt, der besitzt eine perverse Vorstellung von Freiheit.

Leo Klemm, Basel²

¹ Es ist wohl kein Zufall, daß die Schweiz erst ab 1976 ein größeres Entwicklungsprojekt in Peru mitfinanziert.

² Der Einsender kennt Lateinamerika aus eigener Erfahrung und hat selber im Altiplano Perus gelebt.

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich